

Haushaltsrede der SPD Overath für das Haushaltsjahr 2020

11.12.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

der uns heute vorliegende Haushalt enthält – wie eigentlich in jedem Jahr – Licht und Schatten. Unsere Kämmerin Frau Stöling hat mit ihrem Team wieder sehr gute Arbeit geleistet, weswegen es angemessen ist, zuerst die positiven Aspekte darzustellen.

Trotz aller Widrigkeiten ist auch der Haushalt für 2020 ausgeglichen, ohne dass wir dafür gemäß Nachhaltigkeitssatzung die Grundsteuer B erhöhen müssen. Das ist keinesfalls selbstverständlich, denn er ist ausgeglichen, obwohl im Bereich der Jugendhilfe wieder erhebliche Kostensteigerungen zu verzeichnen sind. Er ist ausgeglichen, obwohl hohe Mieten für unsere neuen Feuerwachen eingeplant sind. Er ist ausgeglichen, obwohl wir massiv neue KiTa-Plätze geschaffen haben und noch schaffen, um den Bedarf der Eltern zu decken. Er ist ausgeglichen, obwohl wir in der Verwaltung zwingend notwendige neue Stellen schaffen müssen, um die Funktionsfähigkeit unserer Verwaltung aufrecht zu erhalten. Er ist ausgeglichen, obwohl die Kreisumlage jedes Jahr deutlich ansteigt. Der Haushalt ist solide aufgestellt, berücksichtigt Planungsrisiken, enthält keine zu optimistischen Annahmen, und verspricht nichts, was er nicht halten kann.

Wir setzen fort, was wir durch die Nachhaltigkeitssatzung bezweckt haben: Overath läuft nicht mehr Gefahr, in die Überschuldung zu fallen. Wir sind nicht mehr im Nothaushalt und nicht mehr im Haushaltssicherungskonzept, auch wenn wir dieses freiwillig fortführen. Wir bauen seit mehreren Haushaltsjahren unsere Kassenkredite um ca. 1 Mio. EUR pro Jahr ab, anstatt sie weiter anwachsen zu lassen, und tilgen damit unsere Schuldenlast, um sie nicht den nachfolgenden Generationen zu überlassen.

Der Haushalt offenbart aber auch die negativen Seiten unserer aktuellen Haushaltslage. Im Vergleich zur Zeit vor der Nachhaltigkeitssatzung hat sich in Summe nichts wesentliches an der Einnahmen- und Ausgabensituation geändert, obwohl diverse Sparmaßnahmen erarbeitet, umgesetzt und wirksam wurden: nach wie vor müssen wir jährlich ein Defizit von 3,5 Mio. EUR über die Grundsteuer B ausgleichen, die dadurch konstant auf dem hohen Wert von 850 Punkten bleibt, was uns allen nicht behagt, weil wir einmal geplant hatten, den Steuersatz Schritt für Schritt abzusenken. Das rückt leider immer weiter in die Ferne, weil die Zukunftsperspektiven sich nicht gerade verbessern. Wir können also davon ausgehen, dass unser strukturelles Defizit – das sich aus der langfristigen Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt – mindestens 3,5 Mio. EUR beträgt und nicht kleiner wird.

Ohne die ungewöhnlich hohen Einnahmen aus der Gewerbesteuer wäre ein Ausgleich jedoch nicht annähernd machbar. Es ist schwer zu beziffern, wie hoch die Einnahmen in einem durchschnittlichen Jahr wären, in dem die Wirtschaft nicht so ausgesprochen gut läuft wie aktuell, aber da wir bis 2015 noch unter 10 Mio. EUR waren und 2016 bei ca. 11,8 Mio. EUR kann man annehmen, dass ein „normales“ Jahr nicht viel mehr als 12 Mio. EUR einbringt, im Gegensatz zu fast 15 Mio. EUR in 2019.

Wenn also im Haushalt 2020 zu Recht vorsichtig mit 13,8 Mio. EUR Gewerbesteuer geplant wird, ist unser strukturelles Defizit um mehr als 1,5 Mio. EUR höher, liegt also mittlerweile schon bei ca. 5 Mio. EUR. Die derzeit ebenfalls deutlich erhöhten Anteile aus der Einkommensteuer sind da noch nicht einberechnet, die 2016 bei ca. 14 Mio. EUR lagen und für 2020 mit knapp 16,5 Mio. EUR angesetzt sind – in wirtschaftlich weniger guten Zeiten müssen wir damit rechnen, auch hier mehr als 1 Mio. EUR weniger zu bekommen – macht schon mindesten 6 Mio. EUR, die uns langfristig pro Jahr fehlen.

Dazu kommt, dass die Sanierungsmaßnahmen an unseren Schulen – die wir zukünftig aus Krediten der SEGO GmbH finanzieren müssen, weil wir keine Alternative mehr haben – über Jahrzehnte die Mittel der Bildungspauschale binden werden, wodurch uns jeglicher Risikopuffer für zukünftige, heute noch nicht bekannte Bedarfe an den Schulen fehlt. Um solche Verzweiflungstaten auf Dauer unnötig zu machen, bräuchten wir pro Jahr mindestens 1 Mio. EUR zusätzlich für den Erhalt unserer Schulen und der weiteren Infrastruktur wie KiTas, Straßen und Verwaltungsgebäude.

In Summe fehlen der Stadt Overath – sobald Gewerbe- und Einkommensteuer wieder auf Normalniveau sinken – zur Erbringung ihrer Pflichtleistungen und zur dauerhaften Erhaltung der Infrastruktur jährlich mindestens 7 Mio. EUR zusätzlich, und den anderen Kommunen in NRW geht es hier nicht besser.

Soviel zu den Hiobsbotschaften, die sich aber kaum von denen in den letzten Haushaltsjahren unterscheiden – es wird halt nur nicht besser. Es ist jedoch nicht so, dass diese Finanzierungsprobleme unlösbar wären. Es gibt Lösungsansätze, die uns aus der Misere helfen könnten, und einige davon möchte ich hier kurz erwähnen.

Der Bund hat sich in Verhandlungen zur „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ bereit erklärt, kommunale Schulden in Höhe von insgesamt 68 Mrd. EUR in einen Altschuldenfonds zu übernehmen und über mehrere Jahre zu tilgen. Damit wäre auf einen Schlag die Schuldenlast aller Kommunen halbiert. Die NRW-Kommunen würden dadurch um ca. 14 Mrd. EUR entlastet und wären damit alle wieder ein gutes Stück von der Überschuldung entfernt. Der Bund stellt dafür aber eine absolut nachvollziehbare Bedingung: Wenn er die Altschulden übernimmt, müssen im Gegenzug die Länder ihre Kommunen finanziell so ausstatten, dass sich die Schulden nicht erneut aufbauen und in ein paar Jahren nochmals „von oben“ übernommen werden müssten. Man muss also die strukturellen Defizite der Kommunen – in Overath wie gesagt mehr als 7 Mio. EUR pro Jahr – beseitigen und ihnen erheblich mehr Geld zukommen lassen, weil sie es schlicht und einfach brauchen, um ihre Pflichtaufgaben leisten zu können.

Natürlich wäre dieses Geld vom Land die eigentliche Lösung unseres Problems, und es könnte alles so einfach sein. Leider hat das Land NRW es zunächst abgelehnt, sich auf diese Bedingung einzulassen. Begründung: Man tue doch schon so viel für die Kommunen, z. B. durch den Stärkungspakt, und das wäre völlig ausreichend. Hier muss seitens der Kommunalverbände weiter Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, damit es zu einem Umdenken kommt. Die Verhandlungen zu diesem Thema laufen noch, und es ist für mich kaum denkbar, dass man nicht zu irgendeiner Einigung kommen wird, denn das wäre für alle Seiten blamabel und für die Kommunen eine Katastrophe. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Ein Teil der Mittel, die wir vom Land zusätzlich bekommen müssen, ließe sich problemlos beschaffen, wenn man die diversen, oft Fehlanreize setzenden Förderprogramme auflösen und das Geld stattdessen über Pauschalen oder Schlüsselzuweisungen verteilen würde. Das würde es Kommunen wie Overath ermöglichen, wieder selber Prioritäten setzen zu können, und kein Geld für „nice to have“-Projekte verpulvern zu müssen, um z. B. Fördermittel zur Umsetzung eines Interkommunalen Handlungskonzeptes zu bekommen. Die Annahme, in der Bezirksregierung oder im Ministerium wisse man besser, wofür wir unser Geld ausgeben sollen, hat sich längst als falsch erwiesen – wir kennen unsere Prioritäten, und es wäre besser, man würde solche Entscheidungen uns vor Ort überlassen!

Daher haben wir eine Unterschriftenaktion gestartet, um unserer Forderung in Düsseldorf Gehör zu verschaffen, und hoffen auf eine große Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerkollegien, aber auch aller anderer Fraktionen. Kommen Sie mit uns nach Düsseldorf, um dort zu demonstrieren, denn dass es dort ohne unseren öffentlichen Druck zu einer Verhaltensänderung kommt – und ich sage ganz ausdrücklich, dass das leider unabhängig von den gerade im Land regierende Parteien gilt – ist nicht zu erwarten, also müssen wir diesen Druck aufbauen!

Ein anderes Problem, das wir frühzeitig lösen müssen, ist die Frage, wer uns die Kosten für den ab 2025 geltenden Rechtsanspruch für eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule erstattet. Hier müssen wir jetzt schon klären: woher sollen die 7,5 Mrd. EUR kommen, die der Ganztags-Ausbau bundesweit kosten wird – und zwar alleine für die baulichen Maßnahmen? Bisher hat der Bund hierfür gerade einmal 2 Mrd. EUR zugesagt, von denen NRW mickrige 440 Mio. EUR abbekommen wird – nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wie der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds NRW zu Recht feststellt. Wenn es dabei bleibt, werden die meisten Kommunen den Rechtsanspruch ab 2025 nicht einmal annähernd erfüllen können. Das gilt auch für Overath: in Anbetracht der zu erwartenden Baukosten von mehreren Mio. EUR wäre das durch unsere fehlenden finanziellen Spielräume schlicht nicht umsetzbar, Gesetz hin oder her. Das Geld muss von oben kommen, denn bei uns ist nichts mehr zu holen!

Noch ein Lösungsansatz: Die Kreisumlage, die aktuell ca. 19 % unserer Aufwände ausmacht, und 2020 zufällig genau dem Betrag entspricht, der für die Gewerbesteuer als Einnahme geplant ist, müsste nur für ein paar Jahre konstant gehalten werden, anstatt jedes Jahr um mehr als 0,5 Mio. EUR anzusteigen. Das ist aus Sicht der Kommunen keine unmäßige Forderung, sondern würde lediglich voraussetzen, dass der Kreis sich eine vergleichbare Haushaltsdisziplin verschreibt, wie es die Kommunen seit Jahren tun müssen. Auch in Overath haben wir Budgets jahrelang gedeckelt, was durch Preiserhöhungen de facto ein leichtes Absenken bedeutet hat. Würde der Kreis das fünf Jahre lang praktizieren, stünden Overath ab

2024 jährlich 2,5 Mio. EUR mehr zur Verfügung, die wir dringend bräuchten, um unser strukturelles Defizit abzusenken. Da die Mittel des Kreises aus den Mitteln der Kommunen kommen, könnte sich die viel beschworene kommunale Familie hier selbst helfen – wenn der Kreis zum Sparen bereit wäre. Das scheint aber derzeit leider noch nicht der Fall zu sein. Deshalb appelliere ich an alle Overrather Fraktionen: wenn die Kreistagskandidaten für 2020 aufgestellt werden, müssen wir alle in unseren Parteien sicherstellen, dass die zukünftigen Kreistagsmitglieder die Interessen ihrer Kommunen vertreten werden und für eine Deckelung oder besser noch Absenkung der Kreisumlage eintreten – und nach der Wahl müssen wir das aktiv einfordern, denn sonst wird man uns weiterhin mit Ignoranz strafen und gleich nach der Wahl vergessen, woher das Geld kommt, das der Kreis ausgibt – nämlich von uns und unseren Bürgerinnen und Bürgern!

An diese Stelle kann und will ich Herrn Deppe nicht ersparen, ihn persönlich anzusprechen: reden Sie bitte mal mit Ihrem neuen Chef, unserem Landrat Herrn Santelmann, und erklären Sie ihm, dass die Kommunen endlich seine Unterstützung brauchen – nämlich durch die genannte Deckelung der absoluten Kreisumlage-Zahlungen. Ich wiederhole hier gerne mein Zitat des letzten Jahres: „Herr Santelmann, we want our money back!“.

Wenn Sie dabei sind, sprechen Sie doch auch gleich mal Ihren Vater als unseren Landtagsabgeordneten darauf an, wann er sich endlich für die finanzielle Rettung der Kommunen einsetzt, anstatt Kleinigkeiten wie die Erhöhung der Bildungspauschale um 0,8 % – also noch unterhalb der Preissteigerung – als große Errungenschaften zu verkaufen. Bisher hat es von seiner Seite leider noch keine nennenswerte Unterstützung gegeben, obwohl er wissen müsste, wie schlecht es seit Jahren um seine eigene Heimatstadt Overath bestellt ist. Hier muss mehr kommen – oder wir brauchen einen anderen Vertreter im Parlament, der sich um die Interessen der Kommunen kümmert.

Als Nachtrag noch ein gutes Beispiel, wie es nicht laufen sollte: das Land NRW erhält vom Bund eine Integrationspauschale in Höhe von 151 Mio. EUR jährlich, die es an die Kommunen weitergeben sollte. Da es diese aber einbehält, bleibt für die Integration ein zwar relativ kleiner, aber völlig unnötiger Fehlbedarf von ca. 150 TEUR an der Stadt Overath hängen. Würde die Pauschale weitergegeben, hätten wir dagegen einen Überschuss von 100 TEUR im Integrationsbudget – womit sich sicher sehr sinnvolle Maßnahmen bezahlen ließen, die derzeit auf der Strecke bleiben.

Mein Fazit:

Letztlich können wir nur weiter so sparsam wie möglich haushalten, immer lautstärker mehr Geld von oben fordern, hoffen dass es endlich kommt, und dass man uns keine weiteren Kosten aufbürdet. Trotz aller Widrigkeiten und der Querschüsse von Land und Kreis schaffen es Bürgermeister, Kämmerin und Verwaltung aber, dass die Stadt weiterhin funktioniert und notwendige Projekte durchgeführt werden können, ohne dass dafür die kommunalen Steuersätze erhöht werden müssen. Dafür sagen wir herzlichen Dank und werden dem vorgelegten Haushalt zustimmen.

Ebenso werden wir dem Vorschlag der Kämmerin folgen, wie wir 2020 gleichzeitig mit den Maßnahmen „Sanierung des Schulzentrums“, „PCB-Sanierung der Grundschule Heiligenhaus“, „Neubau der Turnhalle Vilkerath“ und „Neubau einer Turnhalle an der Grundschule Overath“ beginnen können. Der Antrag von CDU und FDP hat hier einen wichtigen Anstoß geliefert und wird von allen Parteien, auch von uns, grundsätzlich begrüßt. Eine massive Kreditaufnahme der SEGO GmbH und eine langfristige Bindung unserer Bildungspauschalen – gefühlt bis in alle Ewigkeit – ist zwar keine schöne Lösung, sondern zeigt, wie verzweifelt wir sind, aber es ist immerhin eine Lösung, und die Zustände an unseren Schulen machen es jetzt notwendig, so vorzugehen. Denn die einzige Alternative wäre, die Schulen weiter kaputt gehen zu lassen, und dazu sind wir alle nicht mehr bereit. Die SPD Overath wird sich an einer schnellen Umsetzung der Maßnahmen aktiv beteiligen, damit unsere Schulen endlich wieder besser werden!

Die SPD Overath folgt auch dem Vorschlag der Kämmerin, den Kreditdeckel der Nachhaltigkeitssatzung etwas zu lockern, jedoch ohne dabei eine Nettoneuverschuldung zuzulassen. Wir halten das für unumgänglich, um in unserer prekären Lage noch irgendwie investieren zu können, weil das – wie unsere Schulen deutlich zeigen – langfristig die bessere Variante ist, als unsere Infrastruktur komplett verfallen zu lassen und dann vor einem Scherbenhaufen zu stehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die SPD-Fraktion,
Hans Schlömer